

Einführung der Sekundarschule auf den Weg gebracht

Ende September hat das Abgeordnetenhaus in erster Lesung das Gesetz zur Einführung der Sekundarschule beraten. Damit tritt die Diskussion über die größte Berliner Schulreform der letzten Jahrzehnte in die heiße Phase ein.

Ziel dieser Reform ist es, die Zahl der Schulabbrecher in Berlin zu reduzieren, den Bildungserfolg stärker von der sozialen Herkunft zu entkoppeln und mehr Schüler zum Abitur zu führen. Erreicht werden sollen diese Ziele durch die Schaffung einer leistungsstarken Sekundarschule, in der alle bisherigen Schulformen außer dem Gymnasium zusammengefasst werden. An der neuen Sekundarschule sollen alle Abschlüsse – inklusive des Abiturs - erreicht werden können. Darüber hinaus sollen die Sekundarschulen Ganztagschulen sein.

Wie facettenreich und auch kompliziert dieses Reformvorhaben ist, wurde auch bei einer Anhörung im Bildungsausschuss am 5. Oktober 2009 deutlich. Besonders intensiv wurden dort die Fragen der Ausstattung und des Zugangs zur Sekundarschule bzw. zum Gymnasium diskutiert. Die SPD-Fraktion machte bei dieser Anhörung deutlich, dass die Diskussion über die Sekundarschule noch nicht abgeschlossen ist und in Detailfragen noch Klärungsbedarf besteht.

In den nächsten Monaten wird Lars Oberg auf seiner Homepage und im Rahmen von Wahlkreisinformationen die Schöneberger über die Details der Reform informieren.

Abgeordnetenhaus fordert Konsequenzen aus dem S-Bahn-Desaster

Seit Wochen herrscht bei der Berliner S-Bahn der Ausnahmezustand. Nach zahlreichen Problemen mit den Zügen wird lediglich ein Notfahrplan aufrechterhalten. Für hunderttausende Berliner bedeutet dies längere Wege zur Arbeit und ein tägliches Ärgernis. Die Ursache für die Probleme mit den Achsen und Bremsen bei den S-Bahn-Zügen sind ungeheuerliche und systematische Versäumnisse bei der Wartung.

Das Abgeordnetenhaus fordert nun die S-Bahn Berlin GmbH in einem Beschluss auf, den Regelbetrieb möglichst schnell wieder herzustellen, den notwendigen Ersatzverkehr zu verstärken, die Kunden an-

gemessen zu entschädigen sowie die für das Chaos Verantwortlichen zu suspendieren.

Darüber hinaus wurde der Senat aufgefordert, mit der S-Bahn Nachverhandlungen über den Verkehrsvertrag aufzunehmen, um die Folgen und Ursachen der Krise aufzuarbeiten. Die SPD-Fraktion betonte in der Debatte im Abgeordnetenhaus, dass die Probleme der S-Bahn das Ergebnis eines verfehlten Privatisierungskurses der deutschen Bahn sei, der unverzüglich gestoppt werden müsse. Die Sicherheit der Kunden muss Vorrang vor den Renditeinteressen der Deutschen Bahn AG haben!

Jeden Montag von 16 bis 18 Uhr: Sprechstunde im Wahlkreisbüro (nicht in den Schulferien)

Wahlkreisbüro Lars Oberg
Kolonnenstraße 61, 10827 Berlin | Tel.: 030/30362103 | mail@lars-oberg.de
Mehr Informationen unter: www.lars-oberg.de